



gisch sein wird, auf dem die Interessen zweier Berufsklassen aufeinanderstoßen. Mit ungefähr gleichem Bedarf könnte man etwa Handelskammern und Landwirtschaftskammern in „Wirtschaftskammern“ vereinigen wollen. Sollen nun bestimmungskreis die Träger eingezogenen oder Interessen in einer Körperschaft sich näher gestrafft werden, so kann das eben nur in der Form geschehen, welche für die Eisenbahnbewirte gewählt worden ist. Das haben auch die Verfasser des Vorschlagsurteils über Arbeitskammern eingesehen und demnach gehandelt, sie hätten nur nicht genugt, das sind beim richtigen Namen zu nennen und die angeblichen Arbeitskammern als „Arbeitsvereine“ zu bezeichnen.“

soll der Rest des Zuständigkeits, außerdem Petitionen und Wahlprüfungen erledigt werden.

### Österr. k. u. k. Afrikanische Fragen.

• Fernburns Programmrede bildete am Dienstag den Gegenstand der Diskussion in der Budgetkommission des Reichstags. Der große „Gutsdienst“ Liebert war wieder in die Kommission eingetreten und zog mächtig gegen den Staatssekretär los, sich zum Wocheführer der englischen Interessen in Afrila machend. Liebert sprach dem Staatssekretär genügende Erkenntnis ab, weil er nur kleine Teile des Schutzgebietes gesehen habe. Bei der Befreiung

Besteht hängt dasselbe Organ dem Bericht über die Zustellung der Arbeitgeber-Verbände die Bemerkung an:

„Die Handelskammern besitzen in ihrem Gesellenaufschluß eine Vertretung der handwerksmäßigen Arbeiter, und diese Rathäuse nennen die Eintritt zum Zulah, um für die Industriearbeiter in Beihilfe der Arbeiterschwestern eine ähnliche Vertretung zu schaffen. Das aber ist ein vollkommenes Trugzulah. Will man eine Vertretung der Industriearbeiter nach dem Vorwilde der Handelskammern bauen, so würde man logischerweise den Handelskammern, welche Produktion und Handel vertreten, Arbeiters- und Gehilfenräte gleich anschließen müssen. Dieser Weg hat man indessen nicht eingeschlagen. Sollen die Arbeiterschwestern überhaupt existenzberechtigt und lebensfähig sein, so müssen sie höchstens als Beiräte jenen verwaltsden ihnen je die Bezeichnung als Neumens des letzten Standes wegen ruhig zu beibehalten wäre. Man müßte diese paritätischen Räte in zwei Abteilungen teilen, welche gelegentl. zusammen zu treten, aber nie getrennt abzustimmen hätten. Dem vorliegenden wäre sehr Stimmrechte zu gewähren, da keine Stimme ja in der Tat heiz die Meinung der Arbeiterschwestern föhlchen würde. Er könnte die Verhandlungen sowohl in den beiden Abteilungen, wie in der Hauptversammlung leiten, damit er auf den Ausgleich der widerstrebenden Interessen beratend einzutwirken in der Lage wäre. Wenn es aber hieße et gagansten der einen oder der anderen Partei gesteuert.“

Die Arbeitgeber-Zeitung weiß sehr wohl, daß die Gewerbeaufsicht in den Handwerkskammern mit Statisten sind, doch im Briefschlaf die Handwerks- ebenso wie die Handels- und Gewerbeaufsichtskammern reine Interessenvertretungen der Unternehmer sind; es ist deshalb absolut unbedingt, jellche Vergleiche zu ziehen.

Ren kann aber mit Vergnügen feststellen, daß alle in Frage kommenden Teile nicht von dem Monstrum des Meinungsentsatzes wissen wollen. Die organisierte Arbeitsschafft hat oft genug ihren Willen befunden und würde der Einhaltung einer solchen Vorlage keine Trübe nachweinen. Sie fordert, wie das dieser Tage erst wieder im Korrespondenzblatt der Generalkommision zum Ausdruck kam, Raum für die freie Meinungsäußerung des deutschen Arbeiters, welche Organe der geistigen Arbeitsschafft nach demokratischem Wahlrecht und nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit gewählt, deren freie Betätigung nicht durch unzulässige burokratische Geschäftsführung und Beaufsichtigung gehemmt ist, sondern dem eigenen Zweck folgend an der Weiterentwicklung der sozialen Gesellschaft mitarbeiten können.

Die Stadtregerung hat mit ihren Erzeugnissen wenig  
zu thun; niemand will von ihren Zwingergedöpfen etwas wissen.

## Politische Uebersicht.

Aus dem Heidestage.

Nachdem am Dienstag der Reichstag zunächst debattelos das Tierejantur und das Schafgeley in dritter Lesung angenommen und die Verstellung von Zengels sel. Erben, Herrn Sadow, entgegengenommen hatte, ließ er die Beratung des Aufzuges fort. Der Freudenauerbeiterführer Schaf vertrat nun über die Konkurrenzlaune, wobei er einen unerträglichen unbedingten Verdammungsurteil einstimmendes „Aber“ anhing und sich mit einer Wilderung zufrieden erklärte, die denn auch für unbestimme Zeit der Staatssekretär Rieberding in Aussicht stellte. Denn ergaig sich der Generalissimus der Reichsverhandler über die Frage der Deportation in langen Ausführungen. Die idyllische Schönheit gewisser Südmärkte wolle er in so verlorenen Farben, daß nun wohl bald der ganze Reichsverband dorthin auswandern wird. Portofreie identisch übrigens die Regierung auf den Exporttarifwähren nach Preußen zu stellen. Das Kabinett

auf den Exportationsmarkt nicht frieden zu wollen. Der Pole r. Chrzonowski plauderte den lachterlichen Krieg, den die kolonialistische Justiz des Orients gegen die Bilder Rosemose und Seniawowskis führt, und Herr Roeren regte sich förmlich über Karlsruhe oder angeblich unzureichende Bilder und Bilder an. Die reiche Riede, die den Zentrumstadeln niedergebrüllt hatte, als er die Kolonialwirtschaft angriff, jubelte ihm diesmal zu. Einem nicht unverdiensten Volksvertreter ergiebt am Schlage seiner Rede Herr Roeren, als er um einen gewissen Geschäft Produkte aus Württembergens Dichterweltstadt der Mitt- und Nachwelt mitteilte. Auch keine schuldet an einem konkreten Betriebe, wie derselbe Staatsanwaltschaft, die des Streitbrechers verbreitlose Ehre sehr ehrigt, sein öffentliches Interesse entsteht, wenn die jahrtagschten Verleumdungen der Reaktionsschläger sich über kolonialistische Abgeordnete erziehen. Es handelt sich um die inzische Verleumding, die irgend ein Lintenkuli der Pöhl gegen den Abg. Rüdiger-Berlin und seinen jahrtagschen Blöden gerampt hat. Die Staatsanwaltschaft hat selbst anerkannt müssen, daß die Verleumdungen der Pöhl gegen Richard Rüdiger volllig aus der Luft gegeissen sind, aber die Erhebung der Anklage hat sie abgelehnt. Das ist das gleiche Riedt für alle, das im heiligen Deutschen Reich vorausgesetzter Nation berichtet. — In einer anderen Rede vertheidigte

Als alter Afrikanner stellte sich auch der Nationalliberale Dr. Arning vor, der jahrelang als Reg. in Ostafrika tätig war. Er plauderte, Dernburg werde in mancher Beziehung seine Unflächen zerstreuen müssen. In den Hauptfragen sei er allerdings mit dem Staatssekretär einverstanden. Eine größere Bedeutung müsse der Tätigkeit der Weisen zuerkannt werden, der als das Salz der Kolonie angesehen sei. Weil durch die Besetzung des Landes der rapid vor sich gehenden Vernichtung der Bevölkerung durch Kriege und Sklavenraub ein Ende gemacht sei, habe man das Recht, Leistungen von den Regern zu fordern. Bei der Afrikaforschung müsse die Herrenstellung der Weisen genutzt bleiben. Eine Zwangsausbeutung von Arbeitern bedeutet die Revolutionierung des Landes. Um Gegenstand zu liefern behauptet Dr. Arning, der Reg. sei fehlerhaft so faul wie behauptet werde. Am den Tag vom Eisenbahnen müsse schnell gearbeitet werden. Nach der Herstellung von Bahnen sei in einigen Begriffen eine Massenanhebung von Deutschen möglich.

Dr. Spahn vom Zentrum wag' höchst Vergleichende zwischen Dernburgs ersten Kolonialreden und seinen lebigen Ausschaffungen. Riedert wurde von ihm auf seine Plausibel Gutachten im Petersprojekt hingewiesen. Eisenbahnen werde das Zentrum bewilligen, aber nur in langsamem Tempo. Sonst geh' sich Herr Spahn ausdeutungsfähiger als der Staatssekretär. Die Plantagenwirtschaft sei sicher einzuführen, eine gewisse Arbeitspflicht bei den Regern aufzulegen. Anderen und Barberis könnte energischer entgegengestellt werden, wie Dernburg es tun will.

Nation berechtigt. — Zu einer ähnlichen Meinung gehörte eine Sprechrede, wie der Kühnholz aus Tübingen. Kühn ist zu sehr Menschen als Sozialist geworden zu werden und will deswegen zu dünn und zu plump, um selbst eine solche dem jahndauernden Oldenburg oder dem Sonnenbergers Liebermann erzielbare Konkurrenz zu machen. Nur dadurch, daß die parlamentarische Künsterlichkeit durch die bekannten Tiere laute Unterstützung in den Kreisreden des Kreishinrichs fand, kam gewiß das bloße und brutale Heidschäpp des Raumes Gedanken. Wie weit übrigens der Kreishinrichs auch am der unten erwähnte Sache gemacht hat, beweist Siegfried Heselius, der Blod-Jungling, der nach Krebs auf die Tribüne holperete, den Helm des letzten Kreishofen-Wallerglaes ausleerte, und unter bestürdzimmergem Lachen schenkt der Rathausgilde ein warat überzeugten waren. Eintrittspausen auslöschte. Da vereinzelten Bemerkungen wurden die bengelten Heine und Stadthäuser von diversen Fleischbrüdern zur Kasse. Die Abstimmung über die Meleßutionen fanden die Leute im Vericht. Daß der Blod Schimpfte, nachdem die Wette und die Redner ihre Meinung vollbracht haben, galt ebenso zum Wehen des neuwahlen Parlamentars wie die Unbehilflichkeiten und Parteidienken, die sich der Soltentottenhans auf dem Präsidententhule, alias Herr Johannes Mönuf, wieder einmal in ungewohnter Masse aufzuhallen kommen ließ. — Am Mittwoch werden, wie Oldenburg es tun wolle.

Der konservative Kreisbund v. Riechhofen will ein viel schnelleres Tempo bei den Wohnbauten einschlagen wie Peter Spohn. Möglichst rasch sollte man die Eisenbahnen bis zu den großen Städten im Innern bauen. Ein gewisse Anzahl gute Arbeit müsse auf die Regier ausgeübt werden. Vor zu hoher Schädigung könnten die Leute durch Eingeborenen-Kommunale gebracht werden. Ein Regierung sollte über Ostafrika nicht herrschen, sondern die dazu geeigneten Besitzte müssen zu Deutschem Kaiserland werden. Die Tatsache, daß die offensichtlich gute Beziehung verlangten Gebiete schon von Regierung bewohnt sind, wurde von dem Deutschen gänzlich ignoriert.

Auf die Frage, ob die Saalbefreiung Oldenburg noch einmal ein. Die Leute in Ostafrika, die den Inder aus dem Land entfernt sehen wollen, beschäftigen den Regier noch mehr und zubehren. Der Weise kann nicht so wie der Inder mit dem Regierungsvorstand treiben. So handelt ist vor allem auch, daß im Süderstaat die Händler den letzten Anstoß zum Aufstand gegeben haben. Da den nächsten Jahren ist in Ostafrika dafür zu sorgen, daß die Kolonie den Afrikaschef nicht mehr belaste, alle anderen Dinge hätten begagert zu unterscheiden. Was er über die Verhandlung der Regier sage, entsteht nicht einer neu gewonnenen Hoffnung, sondern seiner Erfahrung. Über Eingeborenen seines Programms werde er nichts reden lassen. Von den Afrikaschefen lasse er sich aber nicht drängen. Stärke der Leute, die dort benötigten Regier ergreifen wollen, darf selbst noch der Erziehung. Die Deutschen müssen doch drüber erlernen, daß Provinz oder Kolonie kein noch nie bei Jahre, aus 20 Prozent leben bis hier Ziffer im Wert.

## **Ein Triumph der Militärgewalt.**

Nun ist auch das schwierige Werk nach langen Mühen  
gelungen, dem Obersten Gödke die in langer Dienstzeit er-  
worbenen militärischen Titel abzuerkennen. Gödke war 31 Jahre  
Oberst, von 1899 bis 1901 Oberst und Kommandeur des  
2. Schlesischen Artillerieregiments Nr. 41. Im Jahre 1901 nahm  
er seinen Abschied, einige Jahre später erklärte er in einer Er-  
gabe an den Kaiser, daß Recht, die Uniform zu tragen, ver-  
sichten zu wollen. Nachdem Gödke mittlerweile durch einige  
Zeitungsausschüsse Anstoß bei der Militärbehörde erregt hatte, sollte  
ihm auch das Recht, den Titel Oberst a. D. zu führen, aberkannt  
werden. Eine Verfügung auf Grund einer kaiserlichen Bulleinsch-  
ruder wurde erwirkt, durch die die Absehung erreicht werden  
sollte. Gödke fügte sich nicht und die Angelegenheit beschäftigte nun  
die Gerichte, indem er wegen unbefugter Titelführung angeklagt  
wurde. zunächst wurde Gödke freigesprochen, da das Gesetz  
erklärte, er gehöre nicht mehr zur Armee, unterstehe nicht mehr  
der Kommandogewalt des Kaisers, die Führung des Titels könne  
nur auf Grund eines Gesetzes durch einen Regierungshof unter-  
sagt werden. Nach vielfachen Irrungen dieses Prozesses durch  
die verschiedenen Instanzen hat schließlich das Landgericht Gödke  
zu 150 R. Geldstrafe verurteilt.

Am Dienstag stand nun Gädke wiederum vor dem höchsten preußischen Gerichtshof, dem Kammergericht. Er führte dort aus: Da er auf das Stadt-Uniform zu tragen, verzichtet habe, nicht mehr zur Armee gehöre, so unterstehe er auch nicht mehr der Kommandogewalt des Königs und ebensowenig dem militärischen Exzengericht. Er habe kein Verbrechen oder Vergehen begangen, sondern sich höchstens schriftstellerisch in einer Weise verläßt, die vielleicht nicht ganz gern geschehen werde. Leute wie den Grafen Hohenau und Vynar, die sich in getodeziger schändlicher Weise moralisch und geistlich vergangen haben, lasse man ihre Titel, aber Ehrenrükken, die alsbald geworden sind, wolle man den Titel nehmen. Er gebe sich der Hoffnung hin, daß in Preußen die verschaffungswürdigen Bestimmungen Reichskraft behalten werden.

Noch einer Erwiderung des Generalstaatsanwalts Dr. Wachler zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Nach einer gründlicher Beratung verlündete der Vorsitzende, Senatsvorsitzend Dr. Koslitz folgendes Urteil: Der Gerichtshof hat im Namen des Königs dahin erkannt, daß die Revision des Angeklagten zu verwirken und ihm die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen seien. Der Gerichtshof ist der Ansicht, daß der Angeklagte noch gut Armee gehört und mithin der Kommandogewalt des Königs unterstehe. Der einseitige Vergleich des Angeklagten auf das Recht, Uniform zu tragen, stellt ihn nicht außerhalb der Armee. Einmal anderes wäre, wenn der Angeklagte nicht bloß auf das Tragen der Uniform, sondern auch auf die Titelführung verzichtet hätte. Die Kabinettorder vom 2. Mai 1874 ist eine Ergänzung der Kabinettorder von 1848, sie bedarf daher keiner militärischen Gegenentziehung. Die Aufstellung der Kabinettorder vom Februar 1907 ist ordnungsmäßig erfolgt, es war daher die Revision des Angeklagten zu verwirken. Der Angeklagte ist mithin nicht mehr dehag, sic Überst bezw. Oberst a. D. zu nennen. — Der Militärtribunal hat einen neuen Sieg errungen. Ein Offizier, der 31 Jahre tadellos gedient, wird seines Titels verlustig erklärt, weil er einige fehlmütige Neuerungen getan! Ein Wurstkebelspielspreußisch-deutsche Freude!

Deutsches Reich.

Die neue Sicherheitslinie.

Die Germania schreibt: „Staatssekretär Sydow soll, wie parlamentarischen Kreisen verlautet, die Absicht haben, die fertig gestellten Entwürfe eines Branntweinmonopolvergesetzes und einer Zigarettenabuerolettwer mit einigen Abänderungen dem Reichstag noch vor Ostern zu unterbreiten, um dadurch eine Dedung für das bereits vorhandene Defizit zu schaffen. Für eine solche großzügige Reichshilfmaßnahme“ würde der neue Reichshilfsekretär jedenfalls eine längere Frist in Anspruch nehmen. Wenn dieses Gerücht auf Tatsachen beruht, so würde die Reichsfinanzfrage genau in derselben Situation wieder auftauchen werden, in der Staatssekretär Freiherr v. Stengel sie bei seinem Rücktritt hinterlassen hat.“

**Breitenbach-Schmerzen.**  
In der Dienstags-Sitzung der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses gab der Eisenbahnminister erläuterte und beweiswerte Erklärungen ab. Mit Rücksicht auf die ungünstigen Verhältnisse ist eine Ermäßigung der Gütertarife nicht in Aussicht genommen. Die weitere Entwicklung kann auf dem Wege der Aufnahmetarife für Rohstoffe erfolgen.  
Die Abwanderung von der ersten in die zweite Klasse betrug 15 Proc., von der zweiten in die dritte 3 bis 4 Proc., von der dritten in die vierte 4 bis 5 Proc. als Folge der Tarifreform und der Fahrkartensteuer, wobei letzterer in der Hauptroute das fahrende Personal anfällt. Der Einnahmeausfall infolge der Fahrtkostensteuer beträgt 10 Millionen. Vom 1. April ab wird eine Vermehrung der zufließfähigen Zuglänge und Aushebung der zufließfähigen Schnellzüge eintreten. Die Zahl der D-Zugwagen vergrößerte sich 1907 auf 540, beträgt 1908 etwa 1100 und wird sich 1909 auf etwa 1400 belaufen. Schnellzüge, die dem Betriebe am ehesten dienen, behalten, solange sie noch nicht in D-Züge umgewandelt sind, in ihrer vormaligen Züge die Fahrkarten-

Handlungsberechte, die über 200 Kilogramm Gewicht ausgeben, zahlen häufig nicht mehr die doppelte, sondern nur die einfache Taxe. Auch ohne Fahrlizenz kann häufig Gewicht ausgegeben werden und wird dann als Exportgut nach dem freien

Trotz aller bösen Erfahrungen mit den Verkehrsversteuerungen, die man als Reformen in die Welt legte, scheint man im preußischen Eisenbahnamministerium von besserer Künftig noch sehr weit ent-  
Gepäcktarif bezahlt.

**Oldenburgs Auschluss aus dem Reiche.**  
Und Oldenburg wird vom 24. Februar gemeldet:  
In einer überzahlenden Ratshaltung fügten die Ge-  
handlungen der letzten Vollversammlung der Handelskammer  
für das Herzogtum Oldenburg. Der den Verhandlungen bei-  
wohnende Vertreter der Staatsregierung, Geheimer Ober-  
regierungsrat Dr. Dörre, mußte die beschämende Mitteilung  
machen, daß der oldenburgischen Staatsregierung  
die Vorlagen für den Bundesrat nicht einmal  
in ihren Grundzügen vorher bekannt gegeben  
werden, sondern daß sie vielmehr erst Kenntnis davon zu-  
bekommen pflegt, wenn der Bundesrat sie veröffentlicht. Aber  
über die grundlegenden Fragen des Wehrzustandes betreffend  
die Abänderung der Gewerbeordnung, noch über die





# 1. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Dresden, Mittwoch den 26. Februar 1908.

19. Zagreb

Pl. 47.

Sächsische Angelegenheiten.

Berichtete Sparsumme

In der zweiten Sitzung des Landtags wurde gestern über die Neuerungsdebatte, die Eisenbahnbauten betreffend, verhandelt. Wir haben vor einigen Tagen das Dekret kurz behandelt und dabei betont, es beweise von neuem, daß in Sachsen auf Kosten des Eisenbahnbauß in verwerthlicher Weise gespart werde. Daß dies tatsächlich geschieht, hat gestern im Landtage der Finanzminister noch ganz besonders bestätigt. Er mußte sich selbst von konserватiver Seite bittere Wahrheiten über die Stagnation im sächsischen Eisenbahnbau sagen lassen. Da erhob er sich zu einer langen Gegenrede, die in der Hauptsache das Spottlied wieder einmal brachte, daß wir von dem alten Herrn im Laufe der diesmaligen Session nun schon mindestens zehnmal gehörig haben. Die Gefahr der Staatschulden wurde wieder vorgeführt, die Beamtengehaltsregulierung, die ihn so beschwert modet, ließ er ausmärschieren und noch viele andere alte Argumente bescherte er wieder vor. Und daß alles zu dem Zwecke, um seine Sparmethode beim Eisenbahnbau zu verteidigen. Die frühere abstoßende Errichtung neuer Eisenbahnlinien hätte den Staat in Schulden gestürzt. Wollte man die Schuldenslast nicht vergrößern, müsse man dem Eisenbahnbau Einhalt gebieten. So klar und klar ist die falsche Verkehrs-politik des sächsischen Verkehrsministers wohl noch nicht getreten.

Es mag richtig sein, daß die Staatschulden durch die Eisenbahnbau- u. angewachsen sind; es werden sich aber anders als durch unteilbare Eisenbahnbauten in größerem Umfange gut nicht erwidern lassen. Eisenbahnschulden sind unbedeutlich. Sie werden erstens sofort aufgewogen durch die Eisenbahnanlage, die doch einen hohen Vermögenswert von steigender Bedeutung darstellt, und sodann ist ja in der Regel auch darauf zu rechnen, daß die erlöderlichen Rämen sofort durch die Anlage gedreht werden, anderthalb fü dorthin späterer Zeit darauf zu rechnen. Natürlich können auch Misgriffe unterlaufen, indem man Bahn baut, für die ein ausreichendes Bedürfnis nicht vorliegt, wie das bei der viel erörterten Rübenbahn Wilsdruff Gedankt annehmend der Fall ist. Aber es ist auch nicht allzu gefährlich, wenn sich einige Linien nicht verzinsen, in der Regel wird jede Eisenbahn auf Belehrsteigerung zu reden haben, sie wird später einbringen, was sie erst an Zusatz gelehrt hat. Schließlich muß die einzelne Linie immer als ein Teil des Monuments betrachtet werden, schon deshalb, weil die Nebenbahnen vielleicht als Zubringer für die großen ertragfähigen Linien dienen und so deren finanzielle Ergebnisse verbessern. Alle Eisenbahnschulden sind nicht gefährlich, schon deshalb nicht, weil die dafür erforderlichen Rämen die Staatsschulde nicht belasten, sondern aus den Betriebsüberschüssen gedeckt werden, von denen ja noch eine nette Anzahl Millionen für den Staatsfädle übrig bleiben. Bedeutsam sind nur die Staatschulden, die für unproduktive Anlagen und Zwecke gemacht worden sind. Und des hat es ja in Sachsen früher gegeben. Wenn das verhindert werden soll, sind wir dabei. Gegen eine Einschränkung des Durchsetzungsmaßes wir uns aber wenden. Es ist dies nicht nur ein verhältnismäßigtes, es ist ein falturwidriges Beginnen.

um ein verhältnismäßig niedriges, es ist ein kulturtwidriges Beginnen. Nur Verlegen und Genugtuung konstituierte der Finanzminister gestern, daß Sachsen von allen Staaten Deutschlands das dichteste Eisenbahnnetz hat. Nun das weiß bald jedes Kind in Sachsen. Jeder weiß sich aber auch fragen, daß diese Dichte des Eisenbahnnetzes mit der starken Bevölkerung und der Industrieentwicklung im Zusammenhange steht. Ein schwach bevölkertes Land wie Sachsen hat natürlich bei weitem nicht den Bedarf nach Eisenbahnen, den ein dicht bewohnter Industriestaat hat. Es ist mir zufrieden, daß Sachsen als der erste Industriestaat Deutschlands, als der dichtbevölkerte Staat auch das dichteste Eisenbahnnetz haben muß. Belgien, das ähnlich verhältnisse wie Sachsen aufweist, ist uns darin ja sogar noch unterlegen. Also unser Eisenbahnnetz ist eine ganz selbstverständliche Sache.

Vor allem ist der jegliche Finanzminister Dr. Rüger zu solchen Bautserhebungen über unser Eisenbahnnetz zu allerlest bestrebt. Denn hätte Sachsen schon vor Jahrzehnten das Malzengebäude, einen Wann schneß übermäßigen Spartenbetrieb zu einem Eisenbahnen zu haben, hätten wir sicher bei weitem nicht soviel Eisenbahnen wie jetzt, da würde Sachsen trotz größerer Bedürfnisse unter anderen Ländern weit zurückstehen. Und wenn Herr von Rüger noch lange als sächsischer Verkehrsminister im Amt ist werden uns sicher andere Staaten mit dem Eisenbahnbau überholen. Schon jetzt haben Baden, Bayern und Württemberg verglichen mit der Bevölkerungszahl, mehr Eisenbahnen als Sachsen. Der Minister unternahm zwar gestern mit gänzlich untauglichen Mitteln den vergeblichen Versuch, nachzuweisen, daß Bevölkerungsichte und Eisenbahnbau in seinem Zusammenhange miteinander hängen. Aber es ist an der vom Minister bestreiteten Tatsache gar nicht zu zweifeln, und seine dagegen angeführten Beispiele waren in keiner Weise beweiskräftig. Es mag richtig sein, daß die Eisenbahn ebenso die Bedürfnisse von 1000 wie von 10000 Personen befriedigen kann, aber es ist doch gar nicht zu bestreiten, daß ein dünnbesiedeltes Land ganz andere Verkehrsbedürfnisse hat als schwach besiedelte.

Die aktuelle Schändung im Landtage hat wieder einmal deutlich gezeigt, wie verschlafen und kulturrendlich die Sparer und Steuerndidige sind, die in Sachsen jetzt herrschen. Es mag gut sein, daß Herr v. Blüger einige Verdienste um die Ordnung der sozialen Finanzen hat. Aber diese finanzielle Auslastung liegt in der Haushaltsrechnung erfüllt. Man mag ihm dafür danken. Mit aber sagen, länger erträgt Sachsen eine solche teilfinanzielle Politik nicht mehr, die das ganze Land in Schanden bringt. Die Schulden um einige Millionen zu vermindern mag unter Umständen verdeckt sein; wenn das aber geschieht unter Greinträchtigung wichtiger Kulturaufgaben, wie jetzt in Sachsen, auch gelingt werden, daß eine solche Politik zum Schaden des Landes ausschlagen muß, wenn sie weiter so geführt wird. Dr. Blüger hat die ihm zugewiesene engbegrenzte finanzielle Aufgabe erfüllt, jetzt wird es Zeit, daß er wieder loskommt.

In der bevorstehenden Wahl vom Montagabend hat Arbeiter

städtischen Versicherungskomitee, Stadtrat Schwamkug, bereits wieder Vorstufen eigentümlicher Art. Um allzu großer Andrang zu vermeiden, hatte der Vorstand der Kasse neun Wahllokale vorgesehen. Das genügt aber dem Herrn Degermenten nicht, der bei der vorigen Wahl in einem Lokal wenige Stunden Wahlzeit als ausreichend erachtet hatte. Er bestimmt, daß die weiblichen Mitglieder in einem besonderen Wahllokal ihr Wahlrecht ausüben sollen. Dazu liegt aber bei neun Wahllokalen gar kein Anlaß vor; das Verlangen wird auch durch keine gesetzliche oder statutarische Bestimmung gestützt. Der Kassenvorstand weist auch in seiner die Wahl am 4. März betreffenden Bekanntmachung darauf hin, daß weder die männlichen noch die weiblichen Mitglieder an ein bestimmtes Lokal gebunden sind. Doch gibt er den weiblichen Mitgliedern, die getrennt von den männlichen ihre Stimme abgeben wollen, dadurch Gelegenheit, daß er noch ein zehntes Wahllokal im Innern der Stadt gemietet hat, in dem männliche Mitglieder ihre Stimmrechte nicht ausüben dürfen. — Wenn nun die Nationalen nicht siegen

**Gültigkeitsdauer der Eisenbahnfahrlkarten.**  
Wie schon früher gemeldet worden ist, soll die Gültigkeitsdauer der Fahrlkarten im Eisenbahnverkehr von zwei auf vier Tage verlängert werden. Mit dem Inkrafttreten des diesjährigen Sommerfahrplantes soll auch die Verlängerung der Gültigkeitsdauer durchgeführt werden. Ein Neudruck der Fahrlkarten ist nicht erforderlich, da die jetzigen Karten feinerer Betrieb über ihre Gültigkeitsdauer enthalten; die Verlängerung wird amtlich veröffentlicht und durch Schalteraushang bekannt gemacht werden. Auch die Doppelkarten im Nahverkehr werden vom 1. Mai dieses Jahres ab vier Tage Gültigkeit haben. Die vom preußischen Minister Breitenbach in Aussicht gestellte Erhöhung der Gewichtsfreizeit für Gepäckstücke im Gewicht von mehr als 200 Kilogramm (jetzt wird das Neubergewicht über 200 Kilogramm doppelt gerechnet) soll ebenfalls mit dem 1. Mai dieses Jahres in Kraft treten. Die Gültigkeitsdauer wird dann nur einfach berechnet.

Verluste des Staats beim Leipziger Bankrach.  
Nach einer Mitteilung der sächsischen Regierung an die Finanzdeputation der Zweiten Kammer beträgt der Verlust der sächsischen Postverkehrsbank für den Konkurs des Leipziger Bank endgültig 1244435 M. Außerdem waren 55876 M. Gerichtslösten zu zahlen.

Birna. Eine eigenartige Nebentäuschung ist der Stadt Birna bereitet worden. Es handelt sich hierbei um die von der Thüringer Gasanstalt errichtete Gasanstalt Wügeln, welche bereits das ganze Gottleubental mit Gas versorgt und jetzt noch mit der Stadt Wehlen einen Gaslieferungsvertrag abschloß. Ein Hindernis schuf dabei das Verbot der Stadt Birna, die Einleitung der Rohre auf ihrem Gebiet gefaschen zu lassen; ausgekämpft ist die Stadt aber jetzt dadurch, daß die Staatsbahn die Erlaubnis gab, die Rohre auf fiktivalem Terrain dem Bahnhofsumt entlang und dann über die Brücke zu legen. Als Gegenleistung erhält die Staatsbahn für die Beleuchtung des Bahnhofes Birna von der genannten Gesellschaft das Gas zum Selbstkostenpreis. Es ist natürlich, daß diese Sache viel beunruhigend wird.

**M. Chemnitz.** Amandus Schubert, der Lügenbrüderkönig selber, hatte sich vor dem Chemnitzer Schöffengericht wegen Bekleidigung des Bevollmächtigten Möbius von der Gemeinsamen Ortskrankenfasse zu verantworten. In seinem tendenziösen Machwerk, das dem Reichslügengesetz und dessen Organen ein „gesundenes Fressen“ war, hatte Ehren-Schubert behauptet, daß der Bevollmächtigte mit Streikammellisten zu den Arzten der Kasse gekommen sei, die bei Streiks und anderen Sammelausfällen hätten „bluten“ müssen. Dann war dem Bevollmächtigten weiter nachgefragt worden, daß er einem Kassenangestellten, der wenig gebessert aus dem Genesungsberein zurückgekommen sei, gefragt habe, daß er nicht auf Weiterbeschäftigung rechnen könne, wenn er wieder erkrante. Der betreffende Mann sei freilich ein „Richtigen“ gewesen. Ehren-Schubert, aus der Untersuchungshaft vorgeführt, die über ihn wegen gemeiner Verbrechen verhängt ist, wird später zurück wegen der ersten Behauptung. Damit sei der frühere Bevollmächtigte gemeint gewesen. Er wurde aber gleich vom Vorstehenden darauf hingewiesen, daß er an anderer Stelle ausdrücklich vom früheren Bevollmächtigten spreche. Der bezüglich der zweiten Behauptung von Schubert angebotene Wahrheitstbeweis mißlang, ehe falls völlig. Der Mann, dem als „Richtigen“ der Scottorbs angeblich hat höher gehängt werden sollen, sagte selbst als Zeuge aus, daß davon keine Rede gewesen sei. Schubert fiel also glänzend ab. Er wurde der Bekleidigung schuldig befunden und mit 100 M. Geldstrafe belegt. So reicht daß von diesem Menschen aus Rache gesponnene Lügengewebe immer mehr im Zugen.

Leipzig. Der Arbeiterausschuss der jüdischen Gewerke  
reiniger in Leipzig war beauftragt worden, die Erhöhung des  
Wochenlohnes auf 25 M., Buschläge von 25 Proz. für Über-  
stunden und 50 Proz. für Sonntagsarbeit zu fordern, sowie die  
freie Versicherung von Hosen und Stiefeln seitens des Rates. Dieser  
ging darauf vorläufig nicht ein. Die Hosen und Stiefel würden  
eine Mehrausgabe von 23 000 M. erfordern, deshalb könne man  
nich erst im nächsten Jahre auf eine Prüfung der Forderung ein-  
lassen. Außerdem wolle man erst abwarten, welche Wirkung der  
am 1. April in Kraft tretende Schichtlohn gehe. In Frage

**kleine Nachrichten aus dem Lande.** Die Ehefrau des Post-  
verwalters Josef K. in Falkenstein starb in einem Brunnens und  
erlitt so schwere Verletzungen, daß sie zeitlängs gelähmt ist. Der  
Mann geriet mit den fünf hauptpflichtigen Kindern in Not und wusste  
sich nicht mehr zu helfen. Dazu kam noch eine gegen ihn amüstrenate  
Ehrenbeleidigungslinge. Auf dem Wege zum Gerichtsgebäude nahm er  
Kupferreitstiel und eine Pfeilschwertdolke zu sich. Bei der Vernehrung  
stellte sich Erbreden ein und nach wenigen Minuten war er eine Leiche.  
Der 23-jährige Schlosserjelle Bruno Röhner aus Geyerbrunn  
der feinerpolt auf seine junge Frau, mit der er knapp ein Vierteljahr  
verheiratet war, trotzdem aber in der unglücklichsten Ehe lebte, drei  
Revolverschläge absonnerte, die zwar alle drei trafen, aber keine lebens-  
gefährlichen Verlegungen hervorriefen, wurde vom Schwarzen-  
en Blau wegen versuchten Totschlags unter Annahme  
mildner Umstände zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.  
Ein iduelles Ende fand in Leutzsch bei Leipzig der sam-  
melte Romanautor 1880 in Berlin geborene August Otto Breitwein.

Engelhardt in Lindenau, wobei ihm der Kopf vermalmt wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein. — Auf dem Körnerplatz in Chemnitz wurde in einem Strauche ein Paket gefunden, das die Leiche eines neugetauften Kindes männlichen Geschlechtes enthielt. Der Leichnam war in einen Bortentlappen und eine getragene Frauenschürze eingewickelt. Die Schürze war R. R. gezeichnet, daß Papier des Pakets wies den Vollstempel Straßburg i. E. auf. Außerdem war auch noch eine Nummer der Berliner Sportwelt als Papier zum Einwickeln benutzt worden. — Eine vom Hannover nach Chemnitz kommende Schwindlerin wird von der bisherigen Polizei erstrang gefasst. Die Betrügerin suchte hier und in der Umgebung von Chemnitz ihren Unterhalt dadurch zu erlangen, daß sie durch heftiges Husten Erbarmen erweckte. Die schon wegen verschiedener anderer Beträgereien vorbestrafte Person nennt sich Martin. — Während der Rückreise Heller aus Großbardau in einem Hause in Grimma Einsicht hielt, schauten die draußen unbeaufsichtigt stehenden Pferde vor einem vorüberfahrenden Automobil. Sie rasten über die Brücke, den Fußweg nach dem Seidewald entlang und direkt in die hoch angehängte Thulpe, in deren Flüten sie verendeten, da der anhängende Wagen sie am Schwimmen verhinderte. Nach einer gewaltigen Anstrengung waren die toten Tiere und das Gefährt ans Land gebracht. Die Pferde hatten einen Wert von über 1200 M. — Während einer Kindervorstellung im Stadttheater zu Grimmaischen verging sich ein 24 Jahre alter lediger Weber in unsittlicher Weise an einem siebenjährigen Mädchen. Der Bursche wurde verhaftet. Ebenfalls wegen Sittlichkeitsvergehen am 12-14-jährigen Schulmädchen wurde ein 40 Jahre alter verheirateter Gutsarbeiter im nahen Frankenhanen ins bissige Amtsgericht eingeliefert.

**Stadt-Chronik.**

#### **Die neue Ausleihe**

Bekanntlich haben in der letzten Sitzung die Stadtverordneten einer Vorlage des Rates zugestimmt, nach der eine neue städtische Anleihe im Betrage von 40 Millionen Mark aufgenommen werden soll. Sie soll in 41 000 Stück Schuldscheinen à 200 bis 5000 M. zu 4 Prozent begeben werden. Die letzte Anleihe — 50 Millionen — wurde im Jahre 1901 aufgenommen. Sie sollte weiter reichen, als sich in Wirklichkeit herausgestellt hat. Mehrere große Unternehmungen (Stahlhaus, Schlachthof, Brückenbau, Schwemmanalisation) sollten nach den Ausführungen in der Druckvorlage des Rates zu einem höheren Geldbedarf, als damals angenommen wurde, geführt haben. Auch die Übernahme der Straßenbahn in städtische Regie ist ja inzwischen erfolgt und hat große Mittel

Nach Abschluß der Rechnungen über diese vier großen (obengenannten) Bauten dürfte das jährliche Anleihebedürfnis wieder auf das normale Maß zurückgehen. Der Zeitpunkt für eine ab 1913 einsetzende anderweitige Anleihe dürfte daher nach ganz anderen Gesichtspunkten zu machen sein, als solche für die neue Anleihe auf die Jahre 1908 bis 1912 maßgebend sind. Somit ergibt sich bei dieser letzteren Anleihe die Beschränkung auf das voraussichtliche Anleihebedürfnis dieser fünf Jahre von selbst. Was die Bedingungen anlangt, unter denen die neue Anleihe herauszugeben sein wird, so kommt zunächst die Vergünstigung in Frage. Zurzeit ist für Stadtschuldscheine unter 4 Prozent, insbesondere für  $3\frac{1}{2}$ -prozentige, überhaupt kein Markt. Das zeigt sich auch bei dem Bestliegen der aus dem teilweisen Umlaufe der 4-prozentigen Dresdner Stadtanleihe von 1900 in  $3\frac{1}{2}$ -prozentige noch herrührenden 4 654 900 M.  $3\frac{1}{2}$ -prozentige dergleichen Anleihe. Auch die städtische Grundrenten- und Hypothekenanstalt hat nach dem Ende Oktober 1907 stattgefundenen Verhandlungen mit den hiesigen Bankkonsortium bis auf weiteres auf Ausgabe  $3\frac{1}{4}$ -prozentiger Schuldsscheine verzichten müssen. Die am 8. November 1907 eingetretene anderweitige Erhöhung des Reichsbankdiskonts auf  $7\frac{1}{2}$  Prozent eröffnet, selbst wenn er nicht lange in dieser Höhe gehalten wird, betreffs Besserung der gegenwärtigen Geldknappheit keine günstigeren Aussichten für die Zukunft. Zudemfalls kann bei Deckung des Anleihebedarfs in 1908 nur mit Herausgabe von 4-prozentigen neuen Stadtschuldsscheinen gerechnet werden. Andere deutsche Städte beurteilen die Lage ähnlich, wie das nachstehende Verzeichnis der seit Juli 1907 auf den Markt gekommenen deutschen Stadtanleihen zeigt.

anleihen zeigt. Wäre die schon im Hinblick auf die Umstände, unter welchen sich die Einführung einer Stadtanleihe bei den Börsen vollzieht, nicht vorhandene Möglichkeit gegeben, bei Beschlussfassung über Ausgabe einer Stadtanleihe sich die Entschließung über den Zinsfuß der in späteren Jahren zu begebenden Anleiheteilbeträge vorzubehalten, so würde man im vorliegenden Falle im Hinblick auf die Zweifelhaftigkeit des für solche Anleiheteilbeträge inskünftig nach der jeweiligen Lage des Geldmarktes angemessenen Zinsfußes einen solchen Vorbehalt zu machen haben. So, wie die Dinge liegen, wird man sich darauf zu beschränken haben, zunächst nur den etwa bis Ostern 1900 reichenden Teil der insgesamt zu 4 Prozent aufzunehmenden Anleihe, also etwa 10 000 000 M. zu 4 Prozent auszudrucken, die Beschlussfassung über den Ausdruck der dann weiter bis Ende 1912 benötigten 30 000 000 M. aber bis etwa gegen Ende 1908 und 1910 auszuführen. Seiße man dann zu einer Abweichung von dem 4prozentigen Zinsfuße, sei es nach oben oder unten, so erhält man wenigstens die aus dem Umdruck vorhandener Schuldsscheine und Zinscheine entstehenden Kosten und Unzuträglichkeiten. Letztere Unzuträglichkeiten können einen die Beliebtheit und damit den Wert der betreffenden Anleihe schwülernden Einfluß ausüben. Bei Umdruck von Teilen der 1900er Anleihe ist auch die regierungsseitige anfängliche Forderung des Neudrudes im Betrage herabgesetzter Zinsförderung nur mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der

Die außer der Vergütungshöhe festzustellenden Anleihebedingungen anlangend, so beginnt wie bei der 1900er Anleihe die Tilgung der Anleihe mit dem voraussichtlichen Zeitpunkte, deren voller Begebung, also mit dem Jahre 1913, und jährlich noch 40jährigem Laufe, also unter Annahme einer durchschnittlichen 1prozentigen, von späteren Jahren ab sich um einen geringen Bruchteil erhöhenden Tilgung unter Rücksicht der er-sparten Zinsen, mit dem Jahre 1952, selbstverständlich mit dem Vorbehalte, eventuell auch eine schnellere Tilgung vor-nehmen zu können. Wie seinerzeit bei der 1900er Anleihe, so wird auch im vorliegenden Falle für einen entsprechenden Kurs der aufzunehmenden Anleihe die Erledigung der Frage







# 2. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Dresden, Mittwoch den 26. Februar 1908.

Rz. 47.

19. Jahrgang.

## Sächsischer Landtag.

II. Kamm.

70. Sitzung vom 25. Februar 1908.

(Fortsetzung.)

Eine längere Debatte riefen die vorläufig abgelehnten Eisenbahn-Gesetze aus Gründen der finanziellen Schwierigkeit, die so gern mehr Güter und nicht mehr Güter führen. „Ich kann nicht mehr auf die Eisenbahn-Gesetze eingehen.“ Ich kann nicht mehr auf die Eisenbahn-Gesetze eingehen.

Finanzminister Dr. Rüger bestreitet, daß die Bevölkerungsbilanz als Vorstoss für das Eisenbahngesetz dienen könnte. Denn es hätte eine Bahn mit 1000 Einwohnern ebenso verhindern können wie für 1000 Einwohner. Außerdem werden die Bahnen in Sachsen weit häufiger benutzt als in Bayern. Denn in Sachsen seien die Züge durchschnittlich mit 33 Personen besetzt gewesen, in Bayern aber nur mit 42 Passagieren.

Nachdem auch die übrigen Punkte des Betriebs noch ausgiebig von Standarten losgelöst unterrichtet worden sind, wird die Sitzung der Finanzdeputation B überwiesen.

Es gelangen jedoch drei Petitionen zur Beratung, die ohne allgemeines Interesse sind. Man läßt sie sämtlich auf sich berufen. Es kommt sich 1. um die Petition der Gemeinde Sprau um Errichtung einer Güterstation in dem Orte; 2. die Petition des Säckersmeisters in Städten in Dresden um Gewährung einer Entlastung; 3. die Petition des pensionierten Dampftramwagens Schulte in Chemnitz um Errichtung seiner Pension. Dem leipziger Abgeordneten soll aus Stiftungsgründen eine Auszeichnung gewährt werden.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. Tagordnung: Kapitel 14 der Gesetze, eine große Anzahl Kapitel des Fleckenpflasterbuchs und Petitionen.

Nach 5½ stündiger Dauer erreichte die Sitzung ihr Ende.

## Deutscher Reichstag.

108. Sitzung. Dienstag den 26. Februar, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesstaatssekretär: Kreis, Dr. Rieberding.

Hörnigk, Sydow.

Nach debattierloser Annahme des Telefunkens- und des Schiedsgerichts in dritter Fassung wird in der zweiten Beratung des Justizialrats Tiel Staatssekretär fortgesetzt.

Abg. Schad meint das baldige völlige Verbot aber doch mindestens die erhebliche Einschränkung der Konkurrenzklause.

Reichsjustizminister Sydow stellt sich dem Haufe als Stengels Nachfolger vor und bittet um Entschuldigung, daß er vorerst keinen Antrag ertheilen und sich durch den Unterstaatssekretär Zwele vertreten lassen werde.

Abg. v. Riebert (Reichsp.) begründet seine Resolution auf Inhaftierung unter Hinweis auf die Überfüllung der Gefängnisse. Nach Aicla können wir die Gefangenen nicht schicken, weil sie sonst den Schwangeren mit schlechten Geißeln vorzuhängen. Aber die Subsistenz ist sehr geeignet. Rehder behauptet mit Maria Stuart, besser als sein Ruf zu sein, und beteuert, daß er die Sozialdemokratie nicht nach Cavanne, ja, ohne ihre Zustimmung, nach einem noch paradiesischen Subsistenzschiff schicken will.

Sozialsekretär Dr. Rieberding legt die Bedenkpunkte dar, aus denen heraus er die Resolution Riebert nicht empfehlen kann. Über die Konkurrenzklause sind vorläufig noch nicht abgeschlossene Erörterungen im Gange. Ein föhliges Verbot wird sich kaum empfehlen, zeigt aber eine beträchtliche Willkür.

Abg. v. Ohnsorg (Vore.) führt Klage darüber, daß der Aufreisegesetzgraph des Strafgesetzbuchs (§ 190) von den Gesetzen gegen politische Klassen und gegen Bilder aus der polnischen Geschichte veranlaßt wird. (Die auf den Tisch des Hauses niedergestiegenen bedauern Bilder werden von zahlreichen Abgeordneten in Augenschein genommen.)

Abg. Seesen (Bentz.) fragt über die Verseuchung des Volles durch unzählige Bilder. Wenn Erwachsenen sich im Schmutz wälzen wollen, so will ich sie in ihrem Vergnügen nicht föhren. Aber unsere nach unverhorste Jugend muß gegen die fiktive Verseuchung geschützt werden. Wie die Ausziehung von Sachverständigen gehandhabt wird, geht daraus hervor, daß Herr Stadhagen schon als Kunstsicherer angesehen worden ist. (Heiterkeit rechts.) (Redner übersteigt den Abg. Wugdahn eine Reihe Bilder, die dann von zahlreichen Abgeordneten mit diesem Interesse betrachtet werden.) In eindrückender Weise hat die Objektivität in den letzten Jahren zugenommen. — Herr Müller-Steininger hat uns neulich mit einem Brief auf den Minister Holz erreicht. Er ist überhaupt ein großer Diener vor dem Herrn. (Große Heiterkeit.) So hat er einmal einen Bobblekti-Lesungen:

Er lädt sich nicht stehen vor den Bauch  
Der große Sektorbreher,  
Er zieht keine Täte auch  
Und ist für Saugucht leicht.  
Er ist der Jugend höchster Hört,  
Er hört des Fleisches Sünde,  
Er unterläuft des Körpers Sport,  
Was ich sehr erfreund finde."

(Schallende Heiterkeit, bestehend auf der Redaktion.) Herr Müller-Steininger (Heiterkeit) sollte sich die Verse merken, die einmal seinem Bruder in Apoll. Müller von der Berra, ins Stammbuch geäußert sind: „Oh Müller von der Berra — das Dichten wird dir keiner fehren. — (Sturmische anhaltende Heiterkeit.)

Abg. Dr. Jänsch (nathl.) wünscht die bestehenden Gesetze schriftlich den literarischen und künstlerischen Schmuck anzumandeln und begründet seine Resolution auf gesetzliche Anerkennung der Tarifverein. Die Grundlage der Tarifverein ist die Koalitionsfreiheit und die Rechtsfähigkeit der Betriebsvereine. Bedauerlich ist, daß das Reichsgericht Tarifverein für rechtlich nicht verbindlich erklärt hat. Ein anderer Senatsch. des Reichsgerichts hat freilich eine andere Stellung eingenommen, der Senat, der auch sonst ein großes soziales Verständnis bewiesen und u. a. erklärt hat, daß, wenn Auspferungen erlaubt sind, es auch der Sozialist sein müßt. (Hört, hört bei den Soz.) Durch die Anerkennung der Tarifverein steht man nicht die Sozialdemokratie, sondern gräßt ihr Verdacht das Wahler ab. (Bravo bei den Sozial.)

Sozialsekretär Dr. Rieberding: Das Reichsamt des Innern und das Reichsjustizamt befürworten sich unausgesetzt mit der doch schwierigeren als der Herr Vorechner annimmt.

Abg. Orlitz (Soz.): Ich bin wohl der einzige hier im Hause, der den Abg. Stadhagen in seiner Tätigkeit als Reichsminister gesammelt hat. Stadhagen stand bislanglich der Chancellozialeit seiner Praxis in einem ausgezeichneten Rufe und jeder, der ihn näher kannte, hatte bei seiner Beratung die Überzeugung, daß ihm

höheres Unrecht geschehen sei, sowohl hinsichtlich des Abschneidens seiner Befreiungsbeweise, als in der Sache selbst. Von einem Manne, der jede unsaubere Praxis sich vom Leibe hält, der gegen seine Clienten eine wahrhaft verschwenderische Freigebigkeits am Arbeitssatz entfaltete, hat niemand, geglaubt, daß er getan hätte, was der Ehrengerichtshof von ihm behauptete. Ich glaube es auch heute nicht, trotz des verlesenen Urteils. Ich trete nicht aus Gründen persönlicher Freundschaft, auch nicht aus Gründen der Parteirolle, sondern meinem Gewissen folgend, für Stadhagen ein, ohne vorher mir ihm oder irgend einem anderen Parteigenossen Rückprache genommen zu haben. (Bravo!) — In seiner Erörterung forderte der Reichsgerichtsgerichtsrichter Urteil gegen Beleidigungen. Drakonische Urteile sind kein Mittel, um die persönliche Ehre zu schützen, am wenigsten, wenn dabei der Wahrscheinheitsbeweis abgeschrägt wird. — Wechselt es hier der Prozeß, so darf der unter der Staatsanwaltschaft angezogen werden. Das ganze Verfahren der Staatsanwaltschaft bei diesem Prozeß mag den Eindruck der Verworrenheit. Entweder lag ein öffentliches Interesse vor, oder es lag nicht vor. Nach der Praxis unserer Staatsanwaltschaft, die bei Telephonaten, Schlägern, Fabrikanten, namentlich aber Streitbrechern stets ein öffentliches Interesse annimmt, lag das öffentliche Interesse in der Handelsjäcke von Anfang an vor. Der nationalliberale Abgeordnete v. Campe hat im preußischen Abgeordnetenhaus über diese Frage sich ganz verständig gemacht, wobei ihm allerdings entgangen zu sein scheint, daß die Staatsanwaltschaft die Streitbrecher noch höher einschätzt als die Beamten. (Sehr wahrl. b. d. Soz.) — Für die Parteidiskussion der Staatsanwaltschaft ist folgender Vorfall beispielhaft: Die Post hatte unserem Kollegen Reichstagsabgeordneten Fischer-Berlin vorgetragen, daß er sich Schmiergelder von Maschinenfabriken bei der Bestellung von Maschinen für die Vormärz-Druckerei habe zahlen lassen. Krugzeitung und Norddeutsche Allgemeine enthielten sich dieses Schmuges, aber Deutsche Tagesszeitung, Nationalzeitung und Freisinnige Zeitung (Rote b. d. Soz.; Natürliche) brachten in kräuter Waffenbrüderlichkeit diese Gemeinität. Ich stelle darauf Strafantrag und verweigere darauf, daß bei einem durch Belegschaften gemachten Abgeordneten sicher ein öffentliches Interesse vorliege. Oberstaatsanwalt Dr. Herbiel ordnete Ermittlungen an, u. a. auch bei den Firmen, bei welchen die Vormärz-Druckerei Maschinen bestellt hatte, und hörte, daß auch kein Antrag an der Geschichte wahr sei. (Hört, hört b. d. Soz.) Durch Herrn Werner, den langjährigen Wahlkreisvorsteher in Böhmisches Vogtland, erfuhr Herr Herbiel ferner, daß die Vorgänge, die nach der Behauptung der Post in Versammlungen des Wahlkreises sich ereigneten, solle, nicht stattgefunden hätten. (Lebt, hört, hört b. d. Soz.) Herr Herbiel erklärte weiter, daß wenn auch mit ein Abgeordneter von den gegen Fischer erhobenen Anklagen wahr wäre, Fischer wohl in der Partei aufgespielt haben würde. (Hört, hört b. d. Soz.) Nach alledem hat mit der Oberstaatsanwaltschaft geschiehen, daß er die Schebung der Post in der Versammlungen des Wahlkreises sich ereignete. Oberstaatsanwalt sprach mir: „Die Ermittlungen haben keinen Anhaltspunkt dafür gegeben, daß die Behauptung, der Abg. Fischer habe Prostitution für die Vermittlung von Maschinen erhalten, wahr ist.“ (Hört, hört b. d. Soz.) Die Post behauptete aber in der Hauptverhandlung, den vollen Wahrscheinlichkeit herbeizuführen, ließ nicht im öffentlichen Interesse, die dasselbe Ziel durch die Strafanfrage erreicht werden kann und die Vorwürfe sich nicht gegen die politische Tätigkeit des Abg. Fischer richten.“ (Sehr wahrl. b. d. Soz.) Das Antwort ist der Ausdruck heillosen Verlogenheit. (Sehr wahrl. b. d. Soz.) Alles, was das Vertrauen zu einem Abgeordneten erschüttert, beeinträchtigt seine politische Tätigkeit. (Rechtestimme Zustimmung.) Der Zeuge Werner hat noch ausdrücklich hervorgehoben, daß Fischers politische Tätigkeit von jener Angelegenheit berührt worden wäre. Ermittlungen hat die Staatsanwaltschaft ange stellt, aber als die vollkommen fiktiv ist der Beleidigungen, die verursacht hatte und der Beleidiger keinerlei weigerte, seine Beleidigungen zurückzunehmen, da sollte auf einmal sein öffentliches Interesse mehr vorhanden sein. Die Behauptung, daß man in der Hauptverhandlung alles beweisen werde, ist nicht als ein dreifaches Verschleppungsmanöver. (Sehr wahrl. b. d. Soz.) Es gibt nur eine Erklärung für diese fiktive Sache: Eine höhere Praktik, setzt der Generalstaatsanwalt oder der Justizminister, hat die Erhebung der Anklage verhindert. (Lebt, hört, hört b. d. Soz.) Um das festzustellen, habe ich mit noch die Prüfung gemacht. Beleidigte hat es abgelehnt, sich in Bezug auf die Gebührenabrechnung dem Urteil dreier von ihm selbst zu erwählender Schiedsrichter zu unterwerfen. (Hört, hört b. d. Soz.) Wenn jemand, wie der Abg. Kreis, aus dem Abgeordnetenrat nur einen Teil vorträgt, muss er sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er es mit der Wahrheit nicht genau nimmt. (Sehr wahrl. bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hoffmeyer (stell. Soz.): Das Hamburger Urteil war, was auch Herr Heidrich sagen mag, ungemeinlich. Nur zu Herrn Kreis. Weder ließ er der Anklagebehörde, noch ließ er der ersten Anklage im Namen des Vorwurfs bewußter Gebührenüberschreitung gegen mich erheben worden. Alle meine Beweislösungen, ein kreativisches Einbrechen wegen dieses Vorwurfs gegen mich herbeizuführen, sind erfolglos geblieben und die Staatsanwaltschaft hat mir geantwortet, daß sie auf Grund des Alters des Disziplinarverfahrens nicht einmal Anklage mehr erheben könne. (Hört, hört b. d. Soz.) Ich habe daher, ohne daß gegen mich Anklage erhoben ist, außerhalb des Hauses, also ohne Schutz der Immunität, den Mitgliedern meines Ehrengerichts öffentlich geworfen, daß sie bewußt das Recht gebraucht haben. Ich habe den Beweis angeboten, daß meine Gebührenrechnung sich nicht über, sondern unter der Summe bewegte, die ich zu fordern berechtigt war. (Hört, hört b. d. Soz.) Niemals hat der angeklagte mich mit der Rückzahlung des angeblich bewußt überhobenen Gebühren verlangt. Zur Zeit des Urteils sind wir auch aus Richterfreien eine Fülle von Bußbriefen ausgegangen, welche betonen, daß mit dieser Unrechtsdelikten gehoben sei. (Vizepräsident Roemel unterrichtet den Redner fortwährend, unter dem Vorzeichen, daß die Ausführungen den Rahmen der verbliebenen Bemerkung überstreiche.) Meine Erwiderung wird beschwärkt, nachdem die Herren, die mich angegriffen haben, für Schluß der Debatte gestimmt haben. Der angeklagte Heidrich hat es abgelehnt, sich in Bezug auf die Gebührenabrechnung dem Urteil dreier von ihm selbst zu erwählender Schiedsrichter zu unterwerfen. (Hört, hört b. d. Soz.) Wenn jemand, wie der Abg. Kreis, aus dem Abgeordnetenrat nur einen Teil vorträgt, muss er sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er es mit der Wahrheit nicht genau nimmt. (Sehr wahrl. bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hoffmeyer (stell. Soz.): Wirst unter jubelndem Beifall von Kreis und Molthan dem Abg. Stadhagen mahlende Angriffe auf die deutsche Reichsregierung vor. Abg. Kreis (ton): Das Wort Verdröhung ist ein Zeichen für das Bildungsmaivare des Abg. Heine. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der Titel Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt. Es folgt die Abstimmung über die Resolutionen. Angenommen werden die Abstimmungen Brunnermann (Reichsp.) auf Selbstverrednung (einheitlich), Hommel (Bentz.) auf Selbstbefriedigung und Selbstbesänkung bei Gefangenen (segen Konervative und Reichspartei), Dr. Heinz (nathl.) auf einheitlichen Strafzollung, Ulrich (Soz.) auf Beauftragungserweiterung breit für Journalisten (mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen, Nationalliberalen, Polen und einigen anderen Abgeordneten), Dr. Abrahams (Börs.) auf Feststellung des Rechts der Beauftragungserweiterung für Parlamentarier, Ulrich (Soz.) auf Dritten für Schäden und Geschworene (mit sehr großer Mehrheit), Dr. Jänsch (nathl.) und Graf Voigt (Bentz.) auf Ausgestaltung der Tarifverträge, Dr. Abrahams (Börs.) auf anderweitige Feststellung der Geburtsurkunden vorzeitlicher Kinder und auf Rechtschafftung der elektrischen Energie. Abgelehnt wird die Resolution von Liebert (Mdl.) auf facultative Deportation (gegen die Reichspartei), die Resolution Abrahams (Börs.) auf Schiedsrichter der Betriebsausstellen und Landarbeiter und auf Ausschaltung des Rechts der Beauftragungserweiterung auf Mitglieder von Kommunalvertretungen. Die Resolution Bärtmann betreffend Strafverfahren und Strafzollung für jugendliche Personen wird auf Antrag Kreis (Bentz.) auf die dritte Lösung verabschiedet. Die Abstimmung bleibt zweifellos, und das Resultat wird erst durch Wahlversetzung ermittelt. 104 Abgeordnete stimmen für Verdröhung, 106 dagegen. Die Niederlage des Blocks wird von den Sozialdemokraten und dem Zentrum mit großer Heiterkeit begrüßt.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Rekt des Justizrats, Wahlprüfungen, Petitionen usw.)

Schluß 6½, Uhr.

## Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Tarifverhandlungen im deutschen Baugewerbe.

Aus Essen wird gemeldet: Sonnabend den 23. Februar fand im Rathaus zu Essen unter dem Vorsitz des Stadtrats Dr. Wiedfeld eine Vorbesprechung über den Gang der Verhandlungen statt. Als Unternehmervertreter waren anwesend: Fritz-Essen, Mainz-Vangendorf, Thiemann-Köln und ihr Verbandsdirektor Schmidheinrich. Von den Arbeitervertretern waren vertreten: die Gewerkschaften der Maurer, der baugewerblichen Hilfsarbeiter, der chemischen Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter, der Centralverband der Steinarbeiter, der Centralverband und der christliche Verband der Holzarbeiter und Vertreter beider Verbände der Metallarbeiter. Ob Vertreter des Centralverbandes der Zimmerer anwesend waren, entzieht sich unserer Kenntnis, da eine Bekanntgabe über die Teilnehmer an der Vorbesprechung nicht festgestellt worden ist.

Formell ist die Sache so aufzuziehen, daß die Verhandlungen von Dr. Wiedfeld unter dem Vorwand von vier unparteiischen Beisitzern (zwei Arbeiter und zwei Unternehmern) geleitet werden. Das Verhandlungsprotokoll wird stenographisch aufgenommen und gebräut. Ueber die Behandlung der Materie ist unbedingt ver einbart worden, daß Montag mit einer Art Generaldebatte begonnen wird. Hierbei werden natürlich die strittigsten Punkte in den Vordergrund treten und möglicherweise wird sich schon am Abend des ersten Verhandlungstages herausgestellt haben, daß ein weiteres Verhandeln unnötig und unmöglich ist. Diese Wahrscheinlichkeit tragen in der Vorverhandlung sehr scharf herbei.

Schon die Abgrenzung des Vertragsgebietes geographisch und gewerblich führt zu harten Auseinandersetzungen. Die Unternehmervertreter wollen in den allgemeinen Vertrag neben den Hauptgruppen der Bauarbeiter (Maurer, Bauhilfsarbeiter und Zimmerer) in mehreren Orten auch die Dachdecker, Stützsteure, Steinbauer, Steinfischer, Asphaltarbeiter, Tischler, Klempner usw. einbringen, ob man das sozialdemokratische Gewerkschaft nicht gemeinsam fasse,





